

Seite 2: Impressionen vom Parlamentarischen Abend des GKV ••• Seite 3: Politische Parteien beziehen vor Bundestagswahl zu GKV-Prüfsteinen Position ••• Seite 17: Infotag Arbeits- und Betriebssicherheit ••• Projekt zum Verfahrensmechaniker 4.0 gestartet ••• Seite 18: Wirtschaftsverbände diskutieren Energie- und Klimaziele ••• Seite 19: „Plastikfrei“ ist kein Qualitätsmerkmal ••• Seite 20: Kurz notiert & Veranstaltungsübersicht

+++ Extra zur WAHL 2017: Parteien beziehen zu GKV-Prüfsteinen Position +++

PARLAMENTARISCHER ABEND 2017

Kunststoffverarbeiter im Dialog mit der Bundespolitik

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) hat im Rahmen seines diesjährigen Parlamentarischen Abends am Mittwoch, 28. Juni 2017 in Berlin den Austausch zwischen Repräsentanten der Kunststoff verarbeitenden Industrie und politischen Entscheidungsträgern fortgesetzt.

Als Hauptredner des Parlamentarischen Abends des GKV, der bereits zum sechsten Mal stattfand, begrüßte GKV-Präsident Dirk E. O. Westerheide den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und Mitglied des CDU-Präsidiums, Jens Spahn, MdB. Spahn ging in seiner engagierten Rede insbesondere auf die Bedeutung solider Staatsfinanzen für Generationengerechtigkeit und die Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand ein. Darüber hinaus plädierte Spahn für einen schrittweisen Abbau des Solidaritätszuschlags und bessere Rahmenbedingungen für Infrastrukturinvestitionen. Spahn verdeutlichte, dass die politischen Weichen auch in der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages weiterhin richtig gestellt werden müssten, um Wohlstand und Sicherheit in Deutschland zu erhalten.

Die Ausführungen fanden eine positive Resonanz der Teilnehmer. Zur Beginn des Parlamentarischen Abends hatte der Schirmherr der Veranstaltung, der niedersächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann, die Verdienste der Kunst-

stoff verarbeitenden Industrie bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und von Innovationen gewürdigt. Knapp drei Monate vor der Wahl zum Deutschen Bundestag war das Interesse, sich über politische Inhalte auszutauschen, besonders groß. Mehr als 120 Gäste aus Kunststoffindustrie, Bundespolitik und Ministerien waren der Einladung des GKV in die Räume der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft im



Bild: Jens Spahn, MdB begeisterte die Teilnehmer des Parlamentarischen Abends des GKV mit einer engagierten Rede.

Berliner Reichstagspräsidentenpalais gefolgt. Die Gäste nutzen die Gelegenheit zum Austausch über branchenbezogene und allgemeine politische Themen. Der Abend klang in sommerlicher Atmosphäre aus.

Weitere Informationen: www.gkv.de

Impressionen vom Parlamentarischen Abend 2017 des GKV



Dirk E. O. Westerheide und Roland Strassburger



Dr. Oliver Möllenstädt und Hubert Hüppe, MdB



Dirk E. O. Westerheide und Roland Roth



Dirk E. O. Westerheide mit Jens Spahn, MdB



Dr. Oliver Möllenstädt und Norbert Barthle, MdB



Udo Collet mit Oliver Grundmann, MdB



Dr. Oliver Möllenstädt mit Ralph Brinkhaus, MdB

Politische Parteien beziehen vor Bundestagswahl zu GKV-Prüfsteinen Position

Im Frühjahr 2017 hat der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) aus Anlass der Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 Prüfsteine vorgelegt, die die wichtigsten Anliegen der Kunststoff verarbeitenden Industrie für die Arbeit von Bundesregierung und Bundestag in der kommenden Wahlperiode zusammenfassen. Die Antworten von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP stellen wir in dieser Ausgabe von GKV info den Positionen des GKV ungekürzt gegenüber.



Themenfeld 1: Ressourceneffizienz, Umwelt und Verbraucherschutz

GKV-Position:

Produkte aus Kunststoff ermöglichen es, ein Vielfaches dessen an Energie und Ressourcen zu sparen, was zu ihrer Herstellung und Verarbeitung benötigt wird. So helfen zum Beispiel moderne Kunststoffverpackungen, den Lebensmittelverderb durch verlängerte Haltbarkeit einzuschränken. Die Ressourcenproduktivität vieler Kunststoffprodukte konnte in den vergangenen Jahren durch Innovationen der Unternehmen weiter verbessert werden. Die Kunststoff verarbeitende Industrie nimmt ihre Produktverantwortung sehr ernst. Die Verwertung gebrauchter Kunststoffprodukte ist in Deutschland hervorragend etabliert. Von den im Jahr 2015 angefallenen 5,9 Millionen Tonnen Kunststoffabfällen wurden 99 Prozent werkstofflich oder energetisch verwertet. Deutschland zählt damit zur Spitzengruppe der Europäischen Staaten in der Verwertung von Kunststoffabfällen.

- Sowohl die werkstoffliche als auch die energetische Verwertung von Kunststoffprodukten am Ende des Lebenszyklus müssen weiter möglich sein, damit ökoeffizient Primärrohstoffe und Primärbrennstoffe erzeugt werden können.
- Die Kunststoff verarbeitende Industrie unterstützt die Schaffung und Umsetzung eines modernen Verpackungsgesetzes einschließlich der Einrichtung einer Zentralen Stelle und einer maßvollen Anhebung der Verwertungsquoten.
- Europäische Vorschriften des Abfallrechts müssen europaweit einheitlich umgesetzt und vollzogen werden. Wir treten für ein europaweites Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle nach deutschem Vorbild ein.
- Den Eintrag von Kunststoffabfällen in die Umwelt, speziell in Gewässer, sehen wir mit Sorge. Die Kunststoff verarbeitende Industrie bringt sich konstruktiv in die Debatte um die Vermeidung von Marine Litter ein. Wir unterstützen die Gewinnung besserer Erkenntnisse zu den Eintragungspfaden von Kunststoffabfällen und Kunststoffpartikeln in die Gewässer sowie eine bessere präventive Information von Verbraucherinnen und Verbrauchern.
- Die Kunststoff verarbeitende Industrie setzt sich für Verbraucherschutz und höchste Produktsicherheit ein. Ein langfristig stabiles und EU-weit einheitlich angewendetes Chemikalienrecht ist notwendig, um den Unternehmen eine zuverlässige Umsetzung der Vorschriften zu ermöglichen.



Die heutigen Produktionsweisen und Produktgestaltungen müssen noch stärker an der Idee des Stoffkreislaufes ausgerichtet werden. Ziel ist es, mehr Wertstoffe zu recyceln, und so Primärrohstoffe, die häufig teuer importiert werden müssen, einzusparen und für eine umweltgerechte Entsorgung der Reststoffe zu sorgen. Angesichts der Rohstoffknappheit unseres Landes können wir es uns schlichtweg nicht leisten, wertvolle Rohstoffe zu entsorgen, statt sie in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen. Ein wichtiges Instrument einer Kreislaufwirtschaft ist die **konsequente Anwendung und auch Ausweitung der Produktverantwortung**. Nur wenn die Kosten für die Entsorgung durch den ProduktHersteller getragen werden müssen und damit Teil des Produktpreises werden, besteht ein wirklicher Anreiz, Produkte abfallarm bzw. recyclingfähig herzustellen. Wettbewerbliche Lösungen bieten die beste Gewähr für qualitativ hochwertige und für den Bürger und die Wirtschaft günstige Entsorgungslösungen. Die anspruchsvollen abfallpolitischen Vorgaben und der Wettbewerb sind die Treiber für Deutschlands weltweite Vorreiterrolle bei

der Kreislaufwirtschaft und als international führender Anbieter von Entsorgungstechnologien. Dieses erfolgreiche System muss angesichts der wachsenden globalen Nachfrage nach Rohstoffen ausgebaut werden.

Das vom Deutschen Bundestag verabschiedete **Verpackungsgesetz ist ein großer und wichtiger Schritt. Damit wird die Kreislaufwirtschaft gestärkt und die Umwelt geschont**. Das Gesetz sieht eine Erhöhung der Recyclingquoten vor, beispielsweise werden über 60 % Kunststoffe werkstofflich verwertet, schafft mit der zentralen Stelle als Aufsichts- und Kontrollorgan faire Wettbewerbsbedingungen und stärkt die Rolle der Städte und Gemeinden. So wird das kommunale Bestimmungsrecht beim Einsammeln und Transportieren der Wertstoffe, der zu verwendenden Abfallgefäße und dem Abfuhrhythmus weiter gefestigt. Allerdings bleibt ein Wertstoffgesetz, mit dem die gemeinsame Erfassung von Verpackungen und Haushaltsabfällen aus gleichen Materialien möglich wird, für uns auf der umweltpolitischen Agenda.

Fortsetzung von Seite 3



Grundsätzlich gilt in Europa die Abfallhierarchie: Vermeidung, Wiederverwendung, Recycling, Verwertung, Beseitigung. Die Deponierung, als Beseitigung, ist also auch europarechtlich die schlechteste aller Lösungen. Es ist allerdings zu erwarten, dass es mit der neuen Deponierichtlinie als Teil des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets Impulse zur weiteren Verringerung der Deponierung in Europa geben werden, die zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch zwischen einzelnen Regionen, noch bestehenden großen regionalen Unterschiede abzubauen. **Ein schnelles Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle, wie wir es in Deutschland richtigerweise haben, ist bei Deponierungsanteilen von teilweise bis zu 80 Prozent in einigen Teilen der EU unrealistisch.** Deutschland kann mit seinem weltweit führenden Know How bei Recyclingtechnologien, aber auch mit seinem erfolgreichen abfallrechtlichen Rahmen europa- und natürlich auch weltweit Lösungen anbieten, die eine Deponierung zunehmend unnötig machen.

Das Plastikmüll-Problem in Gewässern nehmen wir sehr ernst. Mikropartikel aus Kunststoff bilden ein spezielles Problem: im Trinkwasser, in unseren Flüssen und Seen bis hin zu den Meeren. Wir wollen einen Verzicht auf Mikropartikel aus Kunststoff in Pflege- und Kosmetikartikeln erreichen. Mindestens 270.000 Tonnen Plastikmüll schwimmen nach Schätzungen von 2013 auf den Weltmeeren. Bereits 1997 wurde der oberflächliche Abfall-Teppich im Nordpazifik auf eine Größe geschätzt, die der Fläche Deutschlands und Frankreichs entsprach. Aber das ist nur das sichtbare Problem, denn zwei Drittel des schwimmenden Plastikmülls sinken auf den Meeresboden. Ein

Forschungsprogramm von zehn europäischen Staaten soll Erkenntnisse zur Wirkung auf die Meeresökologie gewinnen. Denn die biologischen Auswirkungen sind noch kaum bekannt. Auch die G20-Staaten haben sich verpflichtet, Abfälle in Flüssen und Abwasser zu verringern und damit für weniger Müll im Meer zu sorgen.

Jeder soll in Deutschland darauf vertrauen können, dass die von ihm gekauften Produkte sicher sind. Deutschland hat sehr hohe Standards, dafür treten wir auch künftig ein. Ein stabiles, EU-weit einheitliches Chemikalienrecht, das zuverlässigen Gesundheits- und Umweltschutz gewährleistet, ist sehr wichtig für Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit der Chemieindustrie. Dafür wurden auf EU-Ebene das REACH-System, die CLP-Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung chemischer Stoffe und Mischungen und die Biozid-Verordnung eingeführt. Die Übergangsfristen der CLP-Kennzeichnung sind gerade ausgelaufen. **Nach zunächst kontroversen Diskussionen um das Chemikalienrecht hat es sich unserer Ansicht nach inzwischen als praktikabler und auch richtiger Weg zwischen Kosteneffizienz und Vorsorge erwiesen.** Zur Klärung von Fragen der Hersteller, Importeure und Anwender von chemischen Stoffen in Bezug auf die Umsetzung der Regelungen, wurde bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin der REACH-CLP-Biozid-Helpdesk als nationale Auskunftsstelle eingerichtet. Er setzt sich aus einem Expertennetzwerk der Bundesbehörden zusammen, die mit spezifischen Informationen und Expertenwissen für die Unternehmen bereitstehen.



Wir räumen der Abfallvermeidung oberste Priorität ein und stellen die stoffliche Verwertung vor die energetische, weil so mehr Rohstoffe bzw. Materialien in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Hersteller sollen Produkte so gestalten, dass sich bei deren Herstellung und Gebrauch der Ressourcenverbrauch, die Entstehung von Abfällen und die Umweltfolgen verringern.

Wir begrüßen das Verpackungsgesetz und die höheren Recyclingquoten - auch für Kunststoffe - als Schritt zur Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft. Im Gesetz finden sich erste Ansätze, Hersteller künftig stärker in die Pflicht zu nehmen, z. B. bei der Möglichkeit der Staffelung der Beteiligungsentgelte für Verpackungen nach ihrer Recyclingfähigkeit und dem Einsatz von Recyclaten. Mit der Schaffung einer zentralen Stelle wird der Vollzug verbessert. Die zentrale Stelle als beliebene Behörde wird erstmals sämtliche zur Überwachung notwendigen Daten erhalten und ist damit in der Lage, die Durchführung effektiver zu kontrollieren.

Wir unterstützen die Bemühungen der Europäischen Kommission im Rahmen des Arbeitsplans Ökodesign 2016-2019, die Aspekte der Kreislaufwirtschaft zu berücksichtigen und **Anforderungen für Mindestlebensdauer, Reparierbarkeit, Kennzeichnung und Recyclingfähigkeit bei Produkten** zu etablieren.

Das Deponieverbot hat entscheidend zur Senkung der Emissionen klimaschädlicher Gase geführt. Diesen positiven Effekt benötigen wir dringend für ganz Europa.

Deshalb unterstützen wir ausdrücklich den Beschluss des Unterausschusses des EP von Anfang 2017, der über den Vorschlag der EU-Kommission zum Kreislaufwirtschaftspaket hinausgeht. **Demnach soll die Deponierung bis zum Jahr 2030 in Europa deutlich reduziert und in den meisten Ländern nur noch für höchstens 5 Prozent der Abfälle angewendet werden.** Die Vorgabe der Kommission, die Deponierung von Siedlungsabfall bis 2030 auf 10 Prozent zu beschränken, ist uns zu unambitioniert.

Der Vermüllung der Meere wollen wir Einhalt gebieten. **Sinnvolle Maßnahmen zur Müllvermeidung setzen nicht nur beim Ökodesign an, sondern direkt an den Eintragsquellen z. B. im Meer, in Häfen und an Stränden.** So müssen z.B. auch die Abfälle von Schiffen, die ins Meer gekippt werden, deutlich reduziert werden. **Wir begrüßen die Arbeit des Runden Tisches Meeremüll. Rund zwei Drittel des Mülls im Meer bestehen aus Kunststoffen. Die bestehenden Aktivitäten müssen besser koordiniert werden.** Das Problem Meeremüll lässt sich nur mit einem breiten Katalog an Maßnahmen angehen: Weiterer Meeremüll aus land- und seeseitigen Quellen muss vermieden werden. In industriellen Anwendungen und vor allem in Pflege- und Kosmetikprodukten soll zukünftig kein Mikroplastik mehr verwendet werden. Wir begrüßen deshalb den Kosmetikdialog, der durch das Bundesumweltministerium, das UBA sowie das Abkommen zum Schutz des Nordost-Atlantiks (OSPAR) mit betroffenen Branchen geführt wird. Darüber hinaus unterstützen wir das Ziel, andere Regionen der Welt an die nationalen und die

europäischen Standards heranzuführen. Deutschland hat bis 2020 die Präsidentschaft im Rahmen des Strategischen Ansatzes zum Internationalen Chemikalienmanagement (SAICM) inne und bringt sich aktiv in die internationalen Prozesse ein, um Ziele und inhaltliche Schwerpunkte eines neuen Prozesses nach 2020 abzuleiten. Die Ambition ist, jedenfalls bis 2030 die weltweite Belastung der Men-

schen durch gefährliche Umweltchemikalien und -schadstoffe auf ein gesundheitlich unbedenkliches Maß zu senken. Hierzu ist ein konstruktives Zusammenwirken aller Akteure erforderlich. Für die deutsche Wirtschaft bietet sich hier die Chance, ihre Vorreiterrolle auszubauen.

DIE LINKE.

Die Kunststoffindustrie ist unverzichtbar. Kunststoffe sind Ausgangspunkt fast der gesamten Industrieproduktion und aus dem alltäglichen Leben nicht wegzudenken. Die Nutzung von Kunststoffen muss sich aber zunehmend ambitionierten umweltpolitischen und ressourcenverträglichen Vorgaben stellen. Hierbei sehen wir auch im Verbraucherverhalten einen entscheidenden Faktor (beispielsweise bei der Verwendung von Plastiktüten). DIE LINKE verfolgt einen sozial-ökologischen Ansatz. Es geht darum, sowohl Industriearbeitsplätze zu schützen, als auch den Anforderungen des Umweltschutzes gerecht zu werden. Die deutsche Kunststoffindustrie kann und muss dabei eine Vorreiterrolle spielen: Die

Abkehr von fossilen Rohstoffen und die Substituierung durch Biorohstoffe einerseits, ein in Zukunft möglichst geschlossener Ressourcenkreislauf beim Kunststoffrecycling andererseits, stellen die Kunststoffindustrie dabei vor Herausforderungen, die anzugehen lohnt, um die Industrie auf die Zukunft einzustellen. Im Hinblick auf neue Technologien, mit denen Biorohstoffe und Recycling bei der Kunststoffproduktion eine ganz neue Rolle einnehmen könnten, wollen wir besonders regionale Wertschöpfungsketten fördern. Denn diese sorgen für Arbeitsplätze einerseits und ein gutes Auskommen andererseits.



Wir wollen so viele Kunststoffe wie möglich im Kreislauf führen. Eine energetische Nutzung wird aber weiterhin notwendig sein, sei es um gefährliche Substanzen unschädlich zu machen oder ökologisch nicht sinnvoll verwertbare Sortierreste etc. zu beseitigen.

Wir setzen uns für eine zentrale Stelle unter staatlicher Hoheit (UBA) ein und wollen anspruchsvolle, selbstlernende Verwertungsquoten sowie eine Ökologisierung der Lizenzentgelte.

Wir werden uns auch weiterhin für ein europaweites Deponierungsverbot nach deutschem Vorbild einsetzen.

Diese Aussage[n des GKV zum Abfalleintrag in die Umwelt und in die Meere] begrüßen wir, allerdings dürfen

ggf. künftig bessere Erkenntnisse nicht dazu führen, dass man heute nicht handelt. Eine bessere präventive Information wäre heute schon von den Inverkehrbringern von Kosmetikprodukten möglich, doch kaum jemand versteht die Inhaltsangaben. Auch gilt es, die Verluste weiter zu minimieren und Lösungen bzw. Vorschläge für geringere Einträge in die Umwelt aus Wäsche bzw. Reifenabrieb zu erarbeiten.

Diese Aussage [des GKV zur Produktsicherheit und zum Chemikalienrecht] wird von uns begrüßt und geteilt. Auch wir wollen REACH entsprechend umsetzen.



Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft verbessern und setzen verstärkt auf Müllvermeidung und Recycling. Im Sinne einer ökologisch und ökonomisch verantwortungsbewussten Kreislaufwirtschaftspolitik bekennen wir uns zur ökologischen Produktverantwortung und zu der bewährten Zielhierarchie mit dem Vorrang von Vermeidung, Wiederverwendung und Verwertung vor der Beseitigung. Denn Abfälle von heute sind Rohstoffe von morgen. Hierbei setzen wir im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher auf eine wettbewerbliche Ausgestaltung. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Produktverantwortung, bei dem der Hersteller eines Produkts die Verantwortung für dessen spätere Entsorgung trägt, muss weiter gestärkt werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Verkaufsverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen in Zukunft gemeinsam erfasst werden und unterstützen ein Wertstoffgesetz, das die Wertstoffsammlung auf der Grundlage des Verpackungsgesetzes sinnvoll weiterentwickelt. Wir wollen ein bürgernah organisiertes und transparentes Erfassungs- und Verwertungssystem mit ambitionierten stofflichen Verwertungsquoten. Dabei verfolgen wir das Ziel, gleichzeitig Kosteneinsparungen für die Bürgerinnen und Bürger und Qualitätsverbesserungen beim Recycling zu ermöglichen. Eine wettbewerbliche Ausge-

staltung mit fairen Rahmenbedingungen für mittelständische Entsorger halten wir für unabdingbar.

in europaweites Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle ist ein wichtiges Ziel und auch aus Klimaschutzgründen sinnvoll.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dem internationalen Problem von Plastikmüll in den Meeren zu begegnen. Dazu ist es nötig, mit internationalen Partnern Richtlinien und Anreize zu schaffen, die diesem Zweck dienen, aber auch die Einhaltung bereits bestehender Gesetze konsequenter zu verfolgen. Der Eintrag von Mikroplastik in die Meere findet vor allem über die Binnen-gewässer statt. Daher bedarf es neben globaler auch regionaler Anstrengungen, um die Verschmutzung unserer Meere zu verringern. Wir setzen hierbei insbesondere auf kooperative Ansätze um zusammen mit der Industrie beispielsweise den Verzicht auf den Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten zu erreichen.

Es ist für die deutsche Wirtschaft eminent wichtig, dass sie denselben Spielregeln unterliegt wie ihre europäischen Konkurrenten und nicht gegenüber ihren Wettbewerbern benachteiligt wird. Deswegen setzen wir uns, auch über die Europäische Kommission, für eine gleichmäßige Anwendung des EU-Chemikalienrechts ein.

Themenfeld 2: Klima- und Energiepolitik

GKV-Position:

Kunststoffprodukte, etwa Leichtbau-Komponenten für die Luftfahrt- und die Automobilindustrie, Elemente von Photovoltaik- und Windenergieanlagen sowie Gebäudedämmstoffe, senken nachhaltig den Bedarf an fossilen Energieträgern, ermöglichen die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen und helfen, Treibhausgas-Emissionen zu vermindern.

- Die Kunststoff verarbeitende Industrie appelliert an politische Entscheidungsträger, die klima- und energiepolitischen Konzepte und Maßnahmen des Bundes und der Länder miteinander in Übereinstimmung zu bringen und die europäische Energieunion konsequent weiterzuentwickeln.
- Grundsätzlich muss darüber hinaus mehr Rechts- und Planungssicherheit für die Wirtschaft geschaffen werden.

Die Energiewende hat mit Ausnahme des Ausbaus der erneuerbaren Energien keines ihrer Ziele erreicht. Trotz diverser Novellierungen und Neufassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) konnte keine Stabilisierung der Kosten des Ausbaus Erneuerbarer Energien erreicht werden. Zusätzliche Kosten des Netzausbaus, Kosten für Redispatch und Einspeisemanagement im Rahmen der Netzentgelte werden zu einem weiteren Anstieg der Strompreise in Deutschland führen. Hohe Strompreise gefährden die Wettbewerbsfähigkeit vieler Kunststoffverarbeiter in Deutschland und verhindern dringend erforderliche Investitionen.

- Die Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien müssen in Zukunft effektiv begrenzt werden. Der Gesetzgeber ist gefordert, ein effizientes marktwirtschaftliches Fördersystem zu installieren, das die erneuerbaren Energien in einen Wettbewerb untereinander stellt.
- Die Finanzierung der Energiewende soll künftig als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und nicht mehr ausschließlich über Umlagen auf den Strompreis finanziert werden.
- Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes kann erheblich zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen. Wir treten ein für eine steuerliche Förderung der energetischen Sanierung und größere Transparenz der Förderangebote.
- Der Leichtbau mit Kunststoffen bietet erhebliche Potentiale im Rahmen der Energie- und Klimapolitik. Damit Deutschland seine Position als Leitanbieter in diesem Feld halten kann, sind auch künftig Fördermaßnahmen durch die öffentliche Hand erforderlich. Wünschenswert sind Förderinitiativen für eine detaillierte Marktanalyse, den Ausbau und die Internationalisierung des Kompetenzatlas Leichtbau sowie internationale Messe- und Veranstaltungsauftritte.



Der Schutz von Umwelt und Klima ist für uns von zentraler Bedeutung. Umwelt und Wohlstand, Wachstum und Klimaschutz sind keine Gegensätze. Nur durch qualitativ hochwertiges und nachhaltiges Wachstum können wir unsere Lebensqualität dauerhaft sichern. Ein Wirtschafts- und Industrieland wie Deutschland braucht eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Diesem Ziel sind CDU und CSU verpflichtet. Mit dem Klimaschutzplan der Bundesregierung und den gesetzlichen Vorgaben zur Energiewende (u.a. EEG, Digitalisierung, Netzausbau) haben wir einheitliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene geschaffen, die es im Zuge des technischen Fortschritts und marktwirtschaftlicher Gesichtspunkte fortzuentwickeln gilt. So werden wir die Energiewende in Deutschland zum Erfolg führen. Europa hat eine Zuständigkeit für die Vollendung der Energieunion. Wir unterstützen Harmonisierungsbestrebungen auf europäischer Ebene, die keine Wettbewerbsnachteile für unsere Wirtschaft und keine zusätzlichen Belastungen für unsere Bevölkerung nach sich ziehen.

CDU und CSU stimmen mit der kunststoffverarbeitenden Industrie überein, dass die Unternehmen Planungssicherheit brauchen. Der Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien ist in dieser Legislaturperiode erheblich vorangekommen. **Wir haben einen verbindlichen Ausbaupfad geschaffen, der allen Beteiligten Planungssicherheit gibt.** Beim Klimaschutz stehen wir zu den internationalen und europäischen Vereinbarungen.

Mit der Einleitung der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien hat Deutschland hierzu einen

wichtigen Beitrag geleistet und Alternativen zu den fossilen Energien aufgezeigt. Unser Beispiel wird jedoch nur Schule machen, wenn die Energiewende gelingt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten bleibt. Deshalb muss die Energiewende marktwirtschaftlich organisiert werden. Dabei sind wir seit 2013 einen großen Schritt vorangekommen. Durch die marktwirtschaftliche Umgestaltung des Fördersystems sind die Ausbauposten für Wind auf hoher See, Wind an Land und für Photovoltaik-Anlagen drastisch gesunken. **Die EEG-Umlage haben wir stabilisiert**, energieintensive Unternehmen entlastet, den Strommarkt neu geordnet und die Voraussetzungen für den Ausbau der großen Übertragungsnetze bis 2023 geschaffen.

Strom muss langfristig für alle Unternehmen und Betriebe sowie privaten Verbraucher bezahlbar bleiben. Dafür setzen wir die marktwirtschaftliche Heranführung und Systemintegration der erneuerbaren Stromerzeugung konsequent fort. Deutschland muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben. Der beschleunigte Netzausbau und die Beseitigung von Engpässen haben für uns oberste Priorität. Dadurch reduzieren wir in erheblichem Umfang Kosten.

Der **Gebäudebestand** ist der Schlüssel zum Erfolg beim Klimaschutz im Gebäudesektor. Jedoch wollen wir auch hier **die Grundsätze der Freiwilligkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Technologieoffenheit bewahren.** Daher brauchen wir wirksame Anreize für effiziente und freiwillige Sanierungsinvestitionen. Wir werden **die energetische Gebäudesanierung steuerlich fördern** und dadurch

zusätzliche Anreize schaffen. Vorschriften für Neubauten zum Schutz von Umwelt und Klima sowie zur Reduzierung von Energiekosten amortisieren sich oftmals erst nach Jahrzehnten. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Förderangeboten der KfW werden wir deshalb Lösungen prüfen, die eine Amortisation dieser Kosten über die gesamte Lebensdauer des Gebäudes ermöglichen und so den Kreditrahmen junger Familien entlasten.

CDU und CSU setzen sich für weitere Fördermaßnahmen

[für den Leichtbau] ein. Denn etwa kohlenstoffaserverstärkte Kunststoffe (CFK) spielen aufgrund ihrer hohen Festigkeit und ihres geringen Gewichts eine Schlüsselrolle im Leichtbau, z.B. in der Automobilindustrie und Windkraftindustrie.

SPD

Nachdem die schwarz-gelbe Vorgängerregierung ein Energiepolitisches Chaos hinterlassen hatte, haben wir die Energiewende wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. **Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 haben wir einen ersten Schritt zu mehr Planbarkeit in der Energiewende gesetzt.** Wir haben - gemeinsam zwischen Bund und Ländern! - verlässliche und ambitionierte Ausbaupfade für die erneuerbaren Energien definiert und gleichzeitig deren Marktintegration maßgeblich angestoßen. **In einem zweiten Schritt vollziehen wir mit der EEG-Reform 2017 einen Paradigmenwechsel von der staatlich festgelegten Preissteuerung über feste Vergütungssätze hin zu einer Mengensteuerung und Preisbildung über wettbewerbliche Ausschreibungen.** Wir wollen eine marktbasiertere Preisbildung über den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau synchronisieren. In einem nächsten Schritt wird es darauf ankommen, den Netzausbau und die zentrale Speicherung von erneuerbarem Strom voranzutreiben. Maßnahmen zur Energieeffizienz werden wir ausbauen. Dabei haben rentable Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Erzeugen zusätzlicher Energie. Wir wollen insbeson-

dere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs entwickeln. **Private Verbraucher und kleine und mittelgroße Unternehmen wollen wir bei den Energiepreisen spürbar entlasten. Daher werden wir auch alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen.**

Im **Binnenmarkt für Energie** sind wir eng verbunden mit Energieanbietern und Verbrauchern in ganz Europa. Wir sehen im Binnenmarkt eine große Chance, unsere Energieversorgung sicherer und kostengünstiger zu machen. Gleichzeitig bietet der Binnenmarkt Absatzmöglichkeiten für deutsche Energieanbieter und Anlagenbauer. Wir wollen uns daher noch intensiver mit unseren Nachbarländern über die Regeln des Binnenmarktes und unsere nationalen Maßnahmen abstimmen. Dabei können wir auf die vom SPD-geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vertiefte Kooperation von Staaten mit aneinandergrenzenden Stromnetzen („elektrische Nachbarn“) aufbauen, um die Integration der Energiemärkte „von unten nach oben“ voranzubringen.

DIE LINKE.

Kunststoffprodukte sind aufgrund ihrer Materialeigenschaften allgegenwärtige Bausteine von Produkten, so auch in den von Ihnen angeführten Produktgruppen in der Luftfahrt- und Automobilindustrie, bei Elementen der Photovoltaik- und Windenergieanlagen sowie in Gebäudedämmstoffen. **Sie tragen dort, wo sie beispielsweise zu Gewichtsreduktionen führen oder thermisch isolierend wirken, dazu bei, den Bedarf an fossilen Energieträgern zu mindern. Sie können so auch Treibhausgase einsparen helfen.** Allerdings bestehen sie in der Regel selbst aus fossilen Energieträgern. **In der Chlorchemie gilt der unbeschränkte Einsatz dieser Erzeugnisse jedoch zunehmend als bedenklich. Sie sind biologisch schwer abbaubar. Unter bestimmten Bedingungen können sie sich in hochgiftige Stoffe umwandeln, so etwa bei der Verbrennung. Zudem muss mit ihnen nach ihrem Lebensende sorgsam umgegangen werden, damit sie nicht als langlebiger Abfall in die Weltmeere und andere Umweltregionen gelangen.** Insofern sollte auch der Biochemie (Kohlenwasserstoffverbindungen auf regenerativer Basis) und alternativen Werkstoffen sowie der Recycelfähigkeit ein größeres Augenmerk geschenkt werden (s.o.). **Wir stimmen Ihnen zu, dass die Wirtschaft bei den klima- und energiepolitischen Konzepten der Bundesregierung Planungssicherheit benötigt.** Darum hat DIE LINKE im Klimaschutzplan 2050 noch konkretere und verbindlichere Vorgaben für den mittelfristigen Planungshorizont gefordert, die es ermöglichen, in einem realistischen Pfad bis zum Jahre 2050 den Treib-

hausgasausstoß um 95 Prozent zu senken. Solch ein Gerüst auf Grundlage eines nationalen Klimaschutzgesetzes würde einen robusten Rahmen auch für Regelungen auf Länderebene bilden, und so eine bessere Koordinierung zwischen Bund und Ländern ermöglichen. Beides würde auch der Wirtschaft nutzen. **Wir stimmen mit Ihnen überein, dass etliche Ziele der Energiewende nicht erreicht wurden.** So wird etwa voraussichtlich das Klimaschutzziel für 2020 deutlich verfehlt werden. Vor allem deshalb, weil der Beginn des schrittweisen Kohleausstiegs von interessierter Seite verzögert wird. Zudem hat der Verkehrsreich in absoluten Zahlen seit 1990 praktisch nichts zum Klimaschutz beigetragen. Geht es so weiter, werden wahrscheinlich auch die Sektorziele für 2030 weit verfehlt werden. Darum gilt es, die Energiewende als umfassende gesellschaftliche Aufgabe zu verstehen, die alle Produktions- und Lebensbereiche umfasst. **Was die Kosten des Ausbaus Erneuerbarer Energien betrifft, so sehen wir die Sache hier etwas anders als Sie.** Neuanlagen aus Wind und von PV-Freiflächen liefern schon heute preiswerter Strom als neue Kohle- oder Gaskraftwerke. Das gilt inzwischen selbst bei Einbeziehung der Integrationskosten. Das EEG hat somit seine Aufgabe, die Kostendegression einzuleiten, zuverlässig erfüllt – und diese geht unvermindert weiter. Ohnehin wären neue Kohle- oder Atomkraftwerke keine Alternative. Bezieht man die externen Kosten letzterer in die Kostenbetrachtung ein, so sind Erneuerbare schon länger günstiger als die fossil-atomare Strompro-

Fortsetzung von Seite 7

DIE LINKE.

duktion. Wir wollen die Aufgaben auf dem Weg in eine vollständig regenerative Versorgung nicht kleinreden. Sie können aber gemeistert werden. Zu ihnen gehört neben den ingenieurtechnischen Herausforderungen auch die Schaffung von Akzeptanz. So müssen die vorübergehenden Zusatzkosten der Energiewende gerecht verteilt werden. Darum haben unser Ansicht nach **nur jene Unternehmen einen Anspruch auf Ermäßigungen bzw. Privilegierungen bei der EEG-Umlage, den Netzentgelten, beim Emissionshandel oder bei der Ökosteuern, die tatsächlich mit Produkten im internationalen Wettbewerb im außereuropäischen Ausland stehen, welche trotz Stand der Technik sehr energieintensiv/emissionsintensiv hergestellt werden müssen.** Dies ist nach verschiedenen Studien nur für einen deutlichen geringeren Teil der Unternehmen der Fall, die gegenwärtig privilegiert sind. Die Zusatzkosten aus den unberechtigten Privilegien tragen dann andere Verbraucher*innen – auch kleine Unternehmen, was nicht akzeptabel ist. Selbstverständlich wendet sich DIE LINKE ebenfalls gegen Überförderungen bestimmter Technologien über das EEG. Hier wurde jedoch

seitens der Bundesregierung bereits eine Reihe von Korrekturen vorgenommen. Zum Teil wurde hier allerdings auch überzogen, was etwa der massive Einbruch bei der Photovoltaik zeigt.

Bezüglich der Finanzierung der Energiewende können wir uns vorstellen, einen Teil der EEG-Umlage aus Steuermitteln zu finanzieren, um so die EEG-Umlage zu senken. Dies könnte vor allem für die Zahlungsverpflichtungen aus dem EEG-Konto an die älteren, seinerzeit noch teureren Anlagen gelten. Wir stimmen mit Ihnen darüber überein, dass die **energetische Sanierung des Gebäudebestands** erheblich zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen kann. Eine steuerliche Förderung als Abzugsfähigkeit eines Kostenanteils von der Steuerschuld (nicht von der Bemessungsgrundlage) könnte dazu beitragen. Dem von Ihnen angeführten Leichtbau, auch mit Kunststoffen, wird im Rahmen der Effizienzwende eine große Bedeutung zukommen. Allerdings sollte hier insbesondere bei Verbundstoffen auch die Recycelfähigkeit im Auge behalten werden.



Wir wollen auf Bundes und EU-Ebene eine gemeinsame, ambitionierte Klimaschutz- und Energiestrategie formulieren und umsetzen.

Wir werden Planungssicherheit durch konkrete Eckdaten für den Umbau des Energiesystems schaffen, etwa den Kohleausstieg und der vollständige Umstieg auf Ökostrom bis 2030.

Erneuerbare Energien sind bereits günstiger als Strom aus neuen Gas- oder Kohlekraftwerken. Es geht jetzt darum, preisgünstigen Ökostrom für alle nutzbar zu machen. Wir wollen die EEG-Umlage auf selbstverbrauchten Öko-

strom aus eigenen Anlagen streichen und v. a. Solarstrom für Unternehmen interessant machen.

Wir wollen die Belastung fair verteilen und prüfen, ob die EEG-Ausnahmen für die Industrie aus dem Bundeshaushalt finanziert werden können.

Wir wollen das Bauen mit ökologischen und nachwachsenden Rohstoffen fördern u.a. durch ein neues KfW-Programm „Natur plus“. Außerdem setzen wir uns für ressourcenschonendes und klimafreundliches Bauen ein, z.B. mit Holz oder auch Carbon-Beton.



Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass die Energie- und insbesondere Klimapolitik einen klaren europarechtlichen Rahmen braucht. Es macht wenig Sinn, dass die einzelnen europäischen Staaten und die Länder in Deutschland jeweils eigene Energie- und Klimapolitiken verfolgen. Nationale Alleingänge machen den Klimaschutz nicht besser, sondern nur teurer. Wir setzen vor allem auf den europäischen Emissionshandel als zentrales Steuerungsinstrument, um alle Länder und Branchen einzubeziehen und Emissionen zuerst dort zu sparen, wo mit dem kleinsten Mitteleinsatz die größten Einsparungen zu erzielen sind.

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein und stehen neuen Technologien dabei offen gegenüber, auch wenn auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann. Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. **Damit ist das Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt.** Auch für die erneuerbaren Energieträger müssen in Zukunft die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Denn nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Deshalb sollen

künftig nicht Gesetze und durch die Politik festgelegte Ausbauziele darüber entscheiden, mit welchem Energieträger und welcher Technologie zur Energieversorgung beigetragen wird.

Das Tempo beim Zubau der erneuerbaren Energien muss mit dem Ausbaustand der Übertragungsnetze, der Power-to-X Technologie und Verteilnetze in einem zusammenwachsenden europäischen Energiebinnenmarkt sowie der Entwicklung von Speicher- und Steuerungstechniken zusammenpassen. **Deshalb wollen wir das Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung beenden.** Anlagen mit Förderzusage genießen Bestandschutz.

Ziel muss es also sein, den übermäßigen weiteren (subventionsgetriebenen) Zubau an erneuerbaren Energien abzubremsen und die Marktintegration der erneuerbaren Energien in den Fokus zu stellen. Nur so können weitere Kostensteigerungen verhindert oder zumindest abgemildert werden. Die ersten Ausschreibungsergebnisse für Windkraft offshore und Windkraft onshore zeigen, dass massive Kostenreduzierungen möglich sind und das EEG-System eine Überförderung der EE-Stromerzeugung zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher darstellt.

Wir Freie Demokraten wollen die Stromverbraucherinnen und -verbraucher entlasten und deshalb die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau absenken. Der Bereich der Wärme- und Prozessenergie macht rund

die Hälfte des deutschen Gesamtenergieverbrauches aus. Schon aufgrund seines Volumens ist hier daher ein erheblicher Beitrag im Sinne einer ressourcenschonenden Energienutzung zu erwarten. Der größte Teil der Wärmeenergie wird von privaten Haushalten verbraucht. Der **energetischen Sanierung des Gebäudebestandes** in Deutschland kommt daher eine große Bedeutung zu. Förderprogramme können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere auch in Hinblick auf den Bestand an öffentlichen Gebäuden. Generell müssen sich Förderinstrumente an Wirtschaftlichkeitserwägungen messen lassen und sollten die Eigenverantwortung des Einzelnen stärken. **Wir Freien Demokraten halten eine steuerliche Förderung energetischer Sanierung für sinnvoller als viele der derzeit bestehenden Förderprogramme, bei denen eine Identifizierbarkeit besonders kosteneffizienter Maßnahmen nicht gegeben ist.**

Die Kunststoffindustrie ist eine sehr innovative Branche, die wesentlich zur starken Stellung der deutschen Wirtschaft beiträgt. Wir wollen Forschung und Entwicklung durch verbesserte **steuerliche Anreize** stärker fördern. Darüber hinaus stehen wir Vorschlägen offen gegenüber, wichtige **Leitindustrien wie die Kunststoffindustrie und den Leichtbau gezielt** zu fördern. Das betrifft insbesondere die Verbesserung der Wettbewerbschancen im Ausland. Gerade mittelständischen Unternehmen kann so effektiv geholfen werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für uns eine stärkere Vereinheitlichung europäischer Standards im Zusammenhang mit der Zulassung, Verwendung und Verwertung von Kunststoffen. Nationale und regionale Sonderwege stehen im Widerspruch zum Grundgedanken eines europäischen Binnenmarktes.



Themenfeld 3: Bildung, Forschung und Innovation

GKV-Position:

Der demografische Wandel und die weiter wachsende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften stellen die Wirtschaft bereits heute vor enorme Herausforderungen. Der Trend zu einer Industrie 4.0 wird auch die Arbeitswelt in den Industriebetrieben verändern. Unser Bildungssystem muss auf diese Anforderungen ausgerichtet werden. Um das Innovationspotential von Kunststoffen im Industrieland Deutschland nutzen zu können, bedarf es guter Rahmenbedingungen in den Unternehmen und in der Forschung.

- Die duale Berufsausbildung soll angesichts hoher Zahlen von Studienabbrüchen in Zukunft für Abiturientinnen und Abiturienten wieder attraktiver werden. Schulen sämtlicher Schulformen sollen Schüler konsequent auf die Ausbildungsfähigkeit in der dualen Berufsausbildung vorbereiten. Besonderer Wert ist auf die Vermittlung von Wissen und Methoden im mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich zu legen.
- Die Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Einwanderern in Ausbildung oder qualifizierte Beschäftigung erfordert vor allem wegen fehlender Deutschkenntnisse und oft geringer Qualifikationen ein langfristiges Engagement aller Akteure. Das Bildungssystem ist gefragt, eine bestmögliche Vorbereitung junger Menschen aus diesen Gruppen auf eine Ausbildung oder ein Studium in Deutschland zu gewährleisten.
- Die technische und informationstechnische Ausstattung der Schulen muss deutlich verbessert werden, damit Medienkompetenz und technische Kompetenz im Schulalltag vermittelt werden können. Durch den Einsatz der Technologie des 3D-Drucks im Schulunterricht können junge Menschen frühzeitig an das Gestalten mit modernen Werkstoffen herangeführt werden.
- Wir treten für eine Vereinheitlichung bildungspolitischer Länderregelungen und -strukturen ein. Fachklassen im Rahmen der Berufsausbildung sollen auch über Bundesländergrenzen hinweg eingerichtet werden.
- Bei der Ausgestaltung von Studiengängen und bei der Besetzung von Lehrstühlen soll darauf geachtet werden, dass die Kunststofftechnik entsprechend dem Stellenwert des Werkstoffs in der Wirtschaft berücksichtigt wird.
- Wir streben ein Punktesystem-basiertes Gütesiegel für Fort- und Weiterbildungsaktivitäten mit Unterstützung des Bundesinstituts für Berufsbildung an.
- Wir treten ein für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung in Deutschland zusätzlich zur Projektförderung, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen kann dabei einen geeigneten Einstieg darstellen.
- Gemeinnützige Industrieforschungseinrichtungen sollen künftig verlässliche Förderbedingungen und einen gegenüber Hochschulen und Großforschungseinrichtungen mit staatlicher Grundfinanzierung gleichberechtigten Zugang zu den Förderprogrammen des Bundes erhalten.



CDU und CSU ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen, also auch auf dem Gymnasium, an einer umfassenden Berufs- und Studienorientierung teilnehmen, um eine realistische Berufswahlentscheidung treffen zu können. Zugleich sprechen wir uns für einen qualitativ hochwertigen, von Fachlehrern zu erteilenden Unterricht in den MINT-Fächern aus. Beispielsweise tragen die von der Kultusministerkonferenz implementierten und seit dem Schuljahr 2016/2017 geltenden Bildungsstandards in den Fächern Deutsch, Mathematik und der fortgeführten Fremdsprache für die Allgemeine Hochschulreife dazu bei, langfristig ein gemeinsames Leistungsniveau zu sichern.

Für CDU und CSU besteht Integration aus Fördern und Fordern. Dieser Grundsatz leitet uns bei der konkreten Ausgestaltung unserer Integrationspolitik. Dabei fangen wir nicht bei null an, wie die von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführten Integrationskurse zeigen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe am Leben in Deutschland ist der Erwerb der deutschen Sprache und Kenntnisse über unsere Kultur, unsere Werte und unser Recht. Daher sind die Integrationskurse der Dreh- und Angelpunkt unserer integrationspolitischen Anstrengungen. Für die anerkannten Flüchtlinge, aber auch für alle anderen Arbeitsuchenden in Deutschland, stehen eine Vielzahl von Angeboten zur Verfügung, darunter Maßnahmen zur Beruflichen Orientierung, Einstiegsqualifizierung (EQ), Assistierte Ausbildung (AsA) oder Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH). Diese können auch parallel zum weiteren Spracherwerb stattfinden. Dabei setzen wir, wie bei allen anderen Arbeitsmarktmaßnahmen, auf die gute vorhandene Trägerstruktur. Diese Einschätzung teilt auch der Sachverständigenrat Migration in seinem Jahresgutachten 2017: Bei der Integration von Flüchtlingen „sollte ... das bewährte Portfolio der Arbeitsmarktpolitik, die in den letzten Jahren grundlegend reformiert wurde, ausgeschöpft werden. Deutschland ist in aktiven wie in passiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gut aufgestellt.“

CDU und CSU wollen, dass alle Schüler frühzeitig lernen, mit PC und Internet richtig umzugehen. Sie sollen Möglichkeiten und Risiken des Internets erfahren und die Technik für das eigene Lernen einsetzen können. Denn klar ist: Moderne Bildung braucht mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen. Auch IT- und Digital-Kenntnisse gehören im 21. Jahrhundert dazu. Um die richtigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, will der Bund mit den Ländern einen „DigitalPakt Schule“ auf den Weg bringen. Wer in einer modernen Berufswelt mit PCs, automatisierten und vernetzten Maschinen erfolgreich sein will, braucht dafür die richtige Ausbildung. CDU und CSU machen sich dafür stark, dass Berufsschüler schon in der Ausbildung lernen, digitale Geräte zu nutzen und moderne Maschinen zu bedienen. Dazu haben wir die beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen unter dem Dach der Initiative „Berufsbildung 4.0“ gebündelt.

Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen nehmen eigene prioritäre Aufgaben wahr, aber sie eint die gemeinsame Verantwortung für unser Bildungs- und Wissenschaftssystem. Dazu gehört es, dass alle staatli-

chen Ebenen entsprechend ihren Zuständigkeiten in ganz Deutschland ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungswesen gewährleisten. CDU und CSU bekennen sich zum verfassungsrechtlich verankerten Wettbewerbsföderalismus: Der Föderalismus im Bildungsbereich eröffnet den Ländern eigene Gestaltungsmöglichkeiten, bedeutet aber auch Verpflichtung, das heißt die Länder stehen in der Verantwortung, ein exzellentes Bildungssystem zu erhalten. Dazu können sie gemeinsame Verabredungen treffen, zum Beispiel mit dem Instrument des Staatsvertrags, und damit mehr Vergleichbarkeit und Verbindlichkeit auch über Ländergrenzen hinweg erreichen. CDU und CSU bekennen sich zur Unabhängigkeit der Wissenschaft bzw. zur Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist. Dessen ungeachtet sind Innovationen aus der Materialforschung ein Schlüssel bei der Lösung unserer Zukunftsaufgaben. Neue Werkstoffe helfen, die Material- und Energieeffizienz zu steigern, die Lebensqualität zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhöhen. Daher veröffentlichte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Jahr 2015 ein neues Rahmenprogramm zur Förderung der Materialforschung. Die Förderung richtet sich an Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das neue Förderprogramm ist bis zum Jahr 2025 angelegt und mit rund 100 Mio. Euro jährlich ausgestattet. Schwerpunkte der Förderung sind beispielsweise der Ausbau von Werkstoffplattformen, die Entwicklung industriell breiter Prozess- und Produktinnovationen und die Unterstützung anwendungsorientierter Projekte zu Werkstoffinnovationen.

CDU und CSU wollen prüfen, inwieweit wir einen bundesweiten einheitlichen Qualitätsrahmen für den Weiterbildungsmarkt schaffen können. Dazu wollen wir die bewährten Strukturen der hoheitlichen Zuständigkeiten in der beruflichen Bildung nutzen.

Zusätzlich zur Projektförderung sprechen sich CDU und CSU für die Einführung einer steuerlichen Förderung privatwirtschaftlicher Forschung und Entwicklung aus. Hiermit wollen wir – insbesondere auch im Mittelstand – einen Impuls für mehr Forschung und Entwicklung setzen und zugleich die deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb stärken.

Gemeinnützige externe Industrieforschungseinrichtungen sind wichtige Forschungs- und Technologiepartner für den innovativen Mittelstand. Sie bieten anwendungsorientierte technische Lösungen für Unternehmen, insbesondere für KMU, und sind Initiatoren von Forschungs- und Entwicklungs-Kooperationen und Netzwerken des innovativen Mittelstands. Mit dem Programm INNO-KOM unterstützen CDU und CSU daher die innovative Leistungsfähigkeit dieser Einrichtungen und stärken damit nachhaltig die Innovationskraft der Wirtschaft. Für das Jahr 2017 stehen hierfür 71 Millionen Euro zur Verfügung, davon sind mindestens 65 Millionen Euro für die neuen Bundesländer vorgesehen. Zudem ist geplant, die Fördermittel in den kommenden Jahren auf mindestens 90 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen.

SPD

Die Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik bildet einen besonderen Schwerpunkt im Wahlprogramm der SPD. In der Bildungspolitik fordert die SPD insbesondere die stärkere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen in einer nationalen Bildungsallianz, um gemeinsame Ziele zu vereinbaren und Maßnahmen zu ergreifen. Die Stärkung unserer Schulen bildet einen Schwerpunkt. Das **Kooperationsverbot** im Grundgesetz steht aber Bundesinvestitionen in Schulen noch entgegen und muss verändert werden. Der Bund muss in Schulen investieren können, um ein Schulmodernisierungsprogramm aufzulegen und eine Million zusätzlicher Ganztagschulplätze zu schaffen. Dazu wollen wir die schulische Sozialarbeit stärken und die Kitas gebührenfrei stellen. Weitere Maßnahmen sind die Förderung der MINT-Bildung und der digitalen Bildung in Kita und Schule, um früher Neugier und Interesse an Natur, Wissenschaft und Technik zu wecken.

Das **Erfolgsmodell der dualen Ausbildung** werden wir weiter stärken. Die Attraktivität wollen wir steigern, indem wir Meister- und Technikerkurse gebührenfrei machen und für leistungsstarke Absolventen die Aufstiegsstipendien verdoppeln. Vor allem aber wollen wir mit der Wirtschaft zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze vereinbaren, weil Deutschland derzeit nicht genug ausbildet, um allein das Ausscheiden von Fachkräften aufgrund der demografischen Entwicklung aufzufangen. Die Berufliche Bildung braucht zudem einen Modernisierungsschub, weil neue Anforderungen der Arbeitswelt wie Digitalisierung und Vernetzung schneller aufgegriffen werden müssen. Für die SPD besitzen die Berufsschulen hier eine Schlüsselrolle, deshalb wollen wir sie mit einem Berufsschulpakt personell und in ihrer Ausstattung für diese neuen Aufgaben stärken. Die SPD bekennt sich zu

DIE LINKE.

DIE LINKE befürwortet eine **Stärkung der dualen Berufsausbildung** für alle Ausbildungsinteressierten. Wir sehen eine Stärkung insbesondere darin, das Berufsbildungsgesetz (BBiG) zu novellieren, gute Bedingungen für Auszubildende zu schaffen und damit die Ausbildungsqualität insgesamt zu erhöhen. **Selbstverständlich muss auch der naturwissenschaftlich-mathematische Unterricht (MINT) an allen Schulformen gestärkt werden.** Geflüchtete Jugendliche müssen nach ihrem Schulabschluss gleichberechtigte Chancen auf eine Berufsausbildung oder ein Studium erhalten. Hier müssen die Voraussetzungen und Ressourcen geschaffen werden, allen geflüchteten Jugendlichen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein berufsqualifizierendes Angebot zu machen. Dazu sollen außerbetriebliche und überbetriebliche Ausbildungsangebote ebenso genutzt werden, wie die Bereitschaft von Betrieben zur dualen Ausbildung. In Bezug auf die **Digitalisierung im Bereich der (Schul-) Bildung** hat Deutschland international den Anschluss verpasst. Es fehlt nicht nur an der technischen Ausstattung, sondern auch an guten pädagogischen Konzepten. Es reicht eben nicht, Schulen mit der nötigen Hardware auszustatten. Ebenso braucht es gut ausgebildete Lehrer*innen, die in der Lage sind, den Schüler*innen auch einen kompetenten Umgang mit neuen Medien als neue Kulturtechniken zu vermitteln. Bildungschancen dürfen aus Sicht der LINKEN nicht davon abhängen, wo bzw. in welchem Bundesland man wohnt. Daher ist es wichtig für gleich gute Bedingungen in den einzelnen Regionen zu sorgen. Es muss auch gewährleistet sein, dass beispielsweise ein Schulwechsel in ein anderes Bundesland nicht zu Nach-

einer **dauerhaften Bundesbeteiligung an der Grundfinanzierung der Hochschulen.** Im Gegenzug sollen die Hochschulen künftig stärker die Verbesserung der Qualität der Hochschullehre fokussieren. Damit und mit einem ergänzenden Hochschulsozialpakt, der die Bildungsfinanzierung modernisiert, die Studienberatung ausbaut und vor allem in bezahlbaren studentischen Wohnraum investiert, wollen wir die Studienbedingungen verbessern und Studienabbrüche verringern. Insbesondere müssen die Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs durch mehr unbefristete Beschäftigung verbessert werden. Mit einem Nachwuchsförderprogramm wollen wir den Hochschulen bei Digitalisierung in Verwaltung und Lehre helfen. Auch für die SPD bieten duale Studiengänge ein großes Potenzial, das wir ausbauen und mit Qualitätsstandards sichern wollen.

Deutschland muss innovativ bleiben, um Wohlstand und Beschäftigung zu sichern. Deshalb will die SPD weiter stark in Forschung und Entwicklung investieren und dafür gemeinsam mit der Wirtschaft bis 2025 mindestens 3,5 Prozent des BIP aufwenden. Damit können wir den erfolgreichen **Pakt für Forschung und Innovation** über 2020 hinaus weiterentwickeln und fortführen und mit einem **„Forschungsbonus“ eine steuerliche Forschungsförderung für KMU** einführen. Zukunftsfelder wie Gesundheitsforschung und Hochschulmedizin, Material- und Biotechnologien und nicht zuletzt die Robotik werden wir besonders stärken. Gemeinsam mit Wissenschaft und Forschung wollen wir zudem neue Förderansätze ausprobieren, um den Forscherinnen und Forschern mehr Spielräume für innovative Wege zu geben, die außerhalb des Mainstream oder Marktzwängen an „disruptiven“ Innovationen arbeiten, also an Lösungen, Produkten und Geschäftsmodellen von übermorgen.

teilen führt. Aufgrund des föderalen Prinzips ist es nicht möglich, bildungspolitische Länderregelungen auf allen Ebenen für das gesamte Bundesgebiet zu vereinheitlichen. Daher wollen wir auf Bundesebene ein Bildungsgesetz verankern, das Gleichwertigkeit und Vergleichbarkeit in der Bildung sichert, auch um das Auseinanderdriften der Bildungsergebnisse der einzelnen Bundesländer zu stoppen. Hochschulen haben aus Sicht der LINKEN eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Dies soll sich in der Ausgestaltung von Studiengängen und der Personalauswahl widerspiegeln. Die Interessen der Wirtschaft sowie ihrer einzelnen Branchen sollten gemäß ihrer Bedeutung für die Gesellschaft Berücksichtigung finden. Seit Jahren wird in der Weiterbildung heftig gekürzt. Die Arbeitsagenturen machen ihre Verträge inzwischen in der Regel mit dem billigsten Anbieter – ohne Rücksicht auf die Qualität des Angebots oder auf die Beschäftigungsbedingungen der Weiterbildner*innen. Daher tritt DIE LINKE für einen Branchenmindestlohn sowie für eine Tarifklausel in der Vergabepolitik der Arbeitsagenturen ein. Denn hohe Qualität kann nur erwartet werden, wenn die Lehrkräfte angemessen bezahlt werden und gute Arbeitsbedingungen vorfinden. **DIE LINKE lehnt eine steuerliche Forschungsförderung aufgrund der zu geringen Wirkung und Zielgenauigkeit sowie des hohen Verwaltungsaufwandes grundsätzlich ab.** In internationalen Untersuchungen wiesen Länder mit steuerlicher Forschungsförderung keine höheren Forschungsausgaben von Unternehmen auf, als in Ländern ohne diese. Gleichzeitig sind mit dieser Art der Förderung erhebliche Mehraufwendungen in der Finanzverwaltung

Fortsetzung von Seite 11

DIE LINKE.

notwendig. Denn die Förderung muss für jedes einzelne Unternehmen einzeln geprüft und beschieden werden. Außerdem wird mit der steuerlichen Förderung vor allem bestehende Forschung subventioniert, wodurch die Gefahr von Mitnahmeeffekten erheblich sein dürfte. Die steuerliche Förderung bietet nur wenig Anreize für Unternehmen ihre Forschungsausgaben zu erhöhen. Dies

ist eher bei der Projektförderung zu erwarten, die zudem zielgenau die Bereiche und Entwicklungspfade fördert, die für die Gesellschaft Nutzen erbringen. **DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem besseren Zugang der gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen zur öffentlichen Projektförderung.**



Mit einem neuen Ganztagschulprogramm und gezielter Unterstützung für Schulen in benachteiligten Stadtteilen und Regionen verstärken wir die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen. Davon profitieren auch deren Kenntnisse in Mathematik und Naturwissenschaften sowie ihr Interesse an Innovation.

Damit [die Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Einwanderern] gelingen kann, fordern wir seit 2015 – leider vergeblich – in den Haushaltsberatungen einen Reformpakt von fünf mal 500 Millionen Euro für die Berufsschulen, einen Ausbau des Hochschulpaktes, zusätzliche Stipendien für Geflüchtete und eine Ausweitung des BAföGs.

Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz, die informationstechnische Ausstattung der Schulen aber leider selten ausreichend. Die Bundesregierung hat dazu mit den Ländern bisher nichts auf den Weg gebracht außer der Ankündigung eines „Digitalpakts“. Wir verlangen, dass die angekündigten fünf Milliarden Euro in den Haushalt für 2018 eingestellt werden.

Gerade in dünner besiedelten oder wirtschaftlich schwächeren Regionen sind [in Bezug auf Fachklassen] Kooperationen über Landesgrenzen hinweg notwendig. Leider hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren verweigert, für den betrieblichen Teil die Grundlagen im Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung zu legen. Die [Berücksichtigung der Kunststofftechnik entsprechend dem Stellenwert des Werkstoffs in der Wirt-

schaft bei der Ausgestaltung von Studiengängen und bei der Besetzung von Lehrstühlen] überlassen wir den Fachgemeinschaften. Die Länder sehen wir allerdings in der Pflicht, Professuren in diesem Bereich lückenlos zu besetzen und dabei auch auf eine Erhöhung des Frauenanteils gemäß dem Kaskadenmodell zu achten.

Der Aufgabe [der Schaffung eines Punktesystem-basiertes Gütesiegels für Fort- und Weiterbildungsaktivitäten mit Unterstützung des Bundesinstituts für Berufsbildung] sollten sich nach unserer Auffassung in der nächsten Wahlperiode alle Stakeholder in diesem Bereich gemeinsam stellen.

Wir wollen Forschung und Entwicklung im Mittelstand einfach und unbürokratisch fördern – mit einem Forschungsbonus (15 Prozent ihrer Forschungs- und Entwicklungsausgaben) für kleine und mittlere Unternehmen bis 250 Mitarbeiter. Der Bonus wird als Steuerermäßigung gewährt und senkt entweder die zu zahlende Unternehmenssteuer oder wird ausgezahlt.

Die Forschungsförderprogramme des Bundes unterstützen wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Zielrichtungen. **Die Frage, ob und wie gemeinnützige Industrieforschungseinrichtungen an ihnen partizipieren können sollen, sollte unserer Auffassung nach für jedes Programm einzeln geprüft und entschieden werden.**



Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Aufwertung und Ausweitung der dualen Ausbildung in Deutschland ein. Heute ist es leider noch Gang und Gäbe, dass Berufsschülerinnen und Berufsschüler einen vollkommen analogen Unterricht erhalten, während sich ihr Arbeitsalltag durchgängig in der digitalen Sphäre abspielt. Zukünftig müssen alle Ausbildungsberufe ausschließlich mit digitalen Medien unterrichtet werden und das Fach Informatik wesentlicher Bestandteil der berufsschulischen Ausbildung sein. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist Vorbild für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf der ganzen Welt. Dennoch halten viele ein Hochschulstudium für den einzig richtigen Bildungsweg. Zahlreiche Studien belegen dagegen, dass die Verbindung aus praktischem Arbeiten und theoretischem Lernen für die Auszubildenden effektiv ist und für die Unternehmen genau der richtige Mix aus Wissen und Können. Diese Verbindung und individuelle Förderung trägt weiter zu einer höheren Durchlässigkeit unseres Bildungssystems bei. Der Ingenieursnation Deutschland droht der Nachwuchs an Tüftlern und Erfindern auszugehen. Für eine spätere Berufswahl sind ein frühes Interesse und eine anschauliche Erklärung ausschlaggebend. Für die Schulen ist eine sehr gute fach-

liche Ausbildung der Lehrkräfte sowie Unterricht in den verschiedenen naturwissenschaftlichen Fächern durch Fachpersonal wichtig. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern wollen wir ausdrücklich fördern und unterstützen. Wir Freie Demokraten wollen daher unser erfolgreiches berufliches Bildungssystem stärken, zu dem die duale Ausbildung und die Abschlüsse der höheren beruflichen Bildung (zum Beispiel: Meister, Fachwirte und Betriebswirte) gehören. Wir setzen uns dazu auch für eine **Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung** ein.

Wir Freie Demokraten fordern ein sofortiges Teilnahmerecht für Flüchtlinge am Unterricht. In manchen Bundesländern beginnt mit dem Aufenthalt auch die Schulpflicht. In anderen Ländern haben Flüchtlingskinder dagegen erst beim Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtungen ein Recht auf Unterrichtsbesuch. Dabei ist Bildung der wichtigste Grundstein zur Integration. Deshalb fordern wir ein sofortiges Teilnahmerecht am Unterricht in ganz Deutschland, auch wenn die Aufenthaltsdauer unklar oder nur kurz ist.

Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine akti-

ve Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte, genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir Freien Demokraten fordern daher ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht. Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Neue Technologien und Methoden bieten Raum für Kreativität und Neugier und werden immer wichtiger für spätere Berufe. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen Kinder Anleitung in Schulen mit entsprechender Ausstattung. Die technische Aufrüstung unserer Schulen erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung. **Deshalb streben wir Freie Demokraten einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern an, der den Ausbau der digitalen Infrastruktur regelt. Dafür sollen Anreize für die kommunalen Träger der Schulen geschaffen werden, um durch den Ausbau digitaler Infrastrukturen die Integration der digitalen Bildung voranzutreiben. 3D-Drucker können hier eine sinnvolle Ergänzung darstellen.**

Zudem fordern wir einen Fokus auf Medienkompetenz in den Bildungsstandards. Dank der digitalen Revolution hat man ganze Bibliotheken jederzeit zur Hand. Doch Informationen werden nicht durch Suchmaschinen zu Wissen und die vielen digitalen Kanäle können auch schnell zu Überforderung führen. Im digitalen Zeitalter sind Nachrichten immer, überall und sofort verfügbar. Menschen müssen lernen, sich daraus eine sachkundige eigene Meinung zu bilden. Das fußt auf der Befähigung, auf der Basis fundierten Fachwissens aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen trennen und Quellen kritisch hinterfragen zu können. Dazu gehört von Kindesbeinen an die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz. Wir treten für eine Vereinheitlichung bildungspolitischer Länderregelungen und -strukturen ein. **Fachklassen im Rahmen der Berufsausbildung sollen auch über Bundesländergrenzen hinweg eingerichtet werden.**

Ideologisches Gezänk und bürokratische Reibungsverluste passen nicht mehr in eine Zeit, in der nicht mehr Bremen mit Bayern im Wettbewerb steht, sondern Deutschland als Ganzes mit Nordamerika und China. Daher wollen wir einheitliche Bildungsstandards in Deutschland. Insbesondere Schulabschlüsse müssen über einheitlich gestellte Abschlussprüfungen vergleichbarer werden. Das erleichtert auch die Kooperation über Bundesländergrenzen hinweg. Dabei darf es aber keine Angleichung nach unten geben.

Wir Freie Demokraten wollen **den Hochschulen größere Freiheiten dabei geben, eigene Schwerpunkte auszubilden. Dies betrifft die fachliche Ausrichtung und auch die Kooperation mit externen Partnern, beispielsweise aus der Wirtschaft.** Die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Kunststofftechnik legt es Hochschulen daher nahe, entsprechende eigenen Bemühungen zu stärken. In der Forschungsförderung setzen wir auf „blaues“ Wachstum, weil Ökologie und Wachstum sich nicht ausschließen müssen. Wir wollen Klima, Umwelt und Ressourcen intelligent schützen – durch innovative Technologien und effektive Produktionsprozesse. **Die Kunststofftechnik spielt dabei eine Schlüsselrolle.** Darüber hinaus haben wir uns

auf Landesebene regelmäßig für eine Stärkung der Fachhochschulen und der technischen Fächer an den Universitäten eingesetzt.

Wir Freie Demokraten setzen auf das Versprechen, dass alle Bürgerinnen und Bürger durch Weiterbildung mithalten können. Zahlreiche Jobs werden sich stark verändern, manchen Beruf wird es in Zukunft vielleicht gar nicht mehr geben – genauso werden aber viele neue Jobs entstehen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Aber im Wandel müssen die Menschen durch gute Rahmenbedingungen und Qualifizierung begleitet werden, denn der Weiterbildungsbedarf ist und wird gewaltig sein. Deshalb muss lebenslanges Lernen noch stärker vom Schlagwort in gelebte Realität münden. So können Aufstiegschancen verbessert und das Risiko von Arbeitslosigkeit vermieden werden. Immer mehr Betriebe unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – aber für Zweidrittel der Beschäftigten bleibt hier noch viel zu tun. Deshalb muss auch die Arbeitsmarktpolitik die Weiterbildung von Beschäftigten stärker unterstützen. So sollten sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des bestehenden Budgets der BA grundsätzlich auch für alle Betriebe mit maximal 50 Prozent gefördert werden können – unbürokratisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert. Wir wollen nicht mehr Geld ausgeben, sondern bei jedem Euro fragen, ob er nicht besser in Qualifikation als in Transferzahlungen investiert werden kann. Um alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Beschäftigung fortlaufend bei Investitionen in ihre eigene Weiterbildung zu unterstützen, muss darüber hinaus ähnlich dem Bausparen ein einfaches und unbürokratisches Modell für Bildungssparen steuerlich gefördert werden.

Wir Freie Demokraten wollen eine technologieoffene steuerliche Forschungsförderung einführen. Dadurch sollen die Unternehmen in Deutschland einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten. Forschung und Innovationen werden also indirekt über das Steuersystem gefördert. Denn die Stärke unserer Wirtschaft liegt in der Innovationskraft der Unternehmen, in Spitzentechnologien, -produkten und -dienstleistungen. Und das umso mehr im digitalen Zeitalter. Daher sind FuE-Investitionen entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Bestehende Förderinstrumente, wie die Projektförderung mit direkten Mitteln, reichen hier nicht aus. Sie sind vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wegen der vielen Auflagen und übermäßigen Bürokratie zu unattraktiv. Die steuerliche Forschungsförderung ist dagegen unbürokratisch, da Projektanträge und Genehmigungsverfahren entfallen. Zudem können die Unternehmen gleichermaßen davon profitieren, unabhängig von der Branche oder Art und Inhalt der Innovationsideen. Viele andere OECD- und EU-Mitgliedsstaaten verfügen bereits über dieses Instrument. Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung empfiehlt seit Jahren, die steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Das wollen wir tun, damit deutsche Unternehmen nicht länger einen Standortnachteil haben. Wir wollen, dass die Forschungsprämie mit der Steuerschuld verrechnet oder – im Verlustfall – als negative Einkommensteuer ausgezahlt wird. Diese Liqui-

Fortsetzung von Seite 13



ditätsspritze hilft besonders Start-ups und Unternehmen in Erneuerungs- oder Krisensituationen. Die Herausforderungen der Zukunft meistern Deutschland und Europa nur, wenn wir unsere Forschungsanstrengungen deutlich erhöhen. **Gemeinnützige Industrieforschungseinrichtun-**

gen können dazu neben staatlichen Einrichtungen einen wichtigen und in besonderer Weise praxisorientierten Beitrag leisten. Wir setzen uns daher für einen gleichberechtigten Zugang zu den Förderprogrammen des Bundes ein.

Themenfeld 4: Finanzen und Steuern

GKV-Position:

Die andauernde Niedrigzinsphase eröffnet der Politik die Chance, den Schuldenstand der öffentlichen Haushalte zurückzuführen und steuerpolitische Strukturreformen mit dem Ziel der Entlastung des Mittelstandes in Angriff zu nehmen. Dadurch werden notwendige Investitionen im Industrieland Deutschland erleichtert.

Die Kunststoff verarbeitende Industrie in Deutschland ist überwiegend mittelständisch geprägt. Viele Branchenunternehmen sind Familienunternehmen. Deshalb fordern wir gute Rahmenbedingungen für den Übergang von Familienunternehmen auf die nächste Generation:

- Die Verschonung von Betriebsvermögen im Rahmen der Erbschaftssteuer muss auch in Zukunft sichergestellt bleiben. Die strukturelle Überbewertung von familiengeführten Unternehmen bei der Erbschaftsteuer muss behoben werden.
- Die Anwendung des neuen Erbschaftsteuerrechts soll pragmatisch und handhabbar ausgestaltet werden (Verschonungsbedarfsprüfung, Nachweis des Erhalts von Arbeitsplätzen).
- Der Rechtsanspruch auf Stundung der Erbschaftsteuer soll für zehn Jahre zinslos gewährt werden und auch für Steuerschuld auf Verwaltungsvermögen sowie bei Schenkungen Anwendung finden.

Das Steuersystem darf weder die Substanz der Unternehmen aufzehren, noch notwendige Produktivitätssteigerungen bestrafen. Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und neue Überlegungen zu einer Maschinen- bzw. Digitalisierungssteuer lehnen wir daher ab.



CDU und CSU sind sich der besonderen Bedeutung von Familienunternehmen für unser Land bewusst. Daher haben wir uns bei der vergangenen Reform der Erbschaftsteuer für Verschonungen von der Erbschaftsteuer eingesetzt, sofern Unternehmen weitergeführt und Arbeitsplätze erhalten werden. Um eine Überbewertung von Familienunternehmen zu vermeiden, wurde der Faktor beim sogenannten vereinfachten Ertragswertverfahren reduziert. Die Erbschaftsteuer wurde 2016 in einem breiten Konsens zwischen Bund und Ländern neu geregelt. Planbarkeit und Verlässlichkeit sind vor allem für die

Familienbetriebe und den Mittelstand besonders wichtig, um die Fortführung der Unternehmen zu garantieren und Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb **lehnen wir jede Verschlechterung bei der Erbschaftsteuer ab.** CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die praktische Anwendung des Erbschaftsteuerrechts möglichst unbürokratisch erfolgt. CDU und CSU planen keine Änderung der bestehenden Regelung. Insbesondere sehen wir keinen Bedarf für eine zinslose Stundung der Schenkungsteuer, weil die Schenkung gestaltbar ist.



Die Neuregelung zur Erbschafts- und Schenkungsteuer, die vom Bundestag und Bundesrat in dieser Legislaturperiode beschlossen haben, stellt die Verschonung von Betriebsvermögen beim Übergang des Betriebes umfangreich sicher, auch durch die Änderungen des Bewertungsrechts, wenn Arbeitsplätze im Unternehmen erhalten werden. Die Ausführung des Gesetzes liegt in

der Zuständigkeit der Länder. Die SPD wird weitere steuerpolitische Vorschläge im Rahmen des Wahlprogrammprozesses vorstellen. [Anm.: **in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 spricht sich die SPD für eine stärkere Besteuerung sog. großer Erbschaften aus.**]



DIE LINKE befürwortet mehr Transparenz und Vereinfachung im Steuerrecht. Wir wollen vor allem solche steuerlichen Sondertatbestände und Subventionen streichen, die es ertragreichen Unternehmen und Wohlhabenden ermöglichen, ihre Gewinne künstlich klein zu rechnen. In diesem Sinne fordern wir beispielsweise eine Reduzierung der Ausnahme- und Befreiungsregelungen bei der Energie- und Stromsteuer. **Die durch die jüngste Reform der Erbschaftsteuer noch komplizierter gewordenen Steuerbefreiungen für Unternehmensvermögen wollen wir streichen.** Darüber hinaus erachtet DIE LINKE solche Steuervereinfachungen für sinnvoll, die vor allem zugunsten von Bezieherinnen und Bezieher niedriger

und mittlerer Einkommen oder kleinen und mittleren Unternehmen wirken. So befürworten wir beispielsweise eine Anhebung der Pauschbeträge für behinderte Menschen. Die komplizierten Regelungen zur steuerlichen Begünstigung der privaten Altersvorsorge wollen wir streichen. Bei der Einkommensteuer wollen wir die bisherigen kindbezogenen Freibeträge abschaffen. Stattdessen wollen wir das Kindergeld von derzeit 192 Euro für das erste und zweite Kind auf 328 Euro pro Kind und Monat anheben. DIE LINKE fordert eine steuerliche Entlastung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen dies im Rahmen einer Reform der Einkommensteuer umsetzen. Unser Tarif der Einkommensteuer sieht unter

anderem eine deutliche Anhebung des Grundfreibetrags – von derzeit 8.820 Euro auf 12.600 Euro pro Jahr – sowie ein Absenkung des Tarifverlaufs für mittlere Einkommen vor. Als Faustregel gilt: Wer weniger als 7.000 Euro brutto pro

Monat verdient wird entlastet, wer mehr verdient wird belastet.



Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer komplizierter und nicht gerechter gemacht. **Wir bezweifeln, ob die im vergangenen Jahr verabschiedeten Neuregelungen zum Betriebsvermögen nunmehr verfassungsgemäß sind.** Sollte die Erbschaftsteuer abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, werden wir uns für ein einfaches, gerechtes und v.a. verfassungsfestes Erbschaftssteuermodell einsetzen und dabei auch auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen achten.

Von den Vermögendsten in unserer Gesellschaft erwarten wir, dass sie etwas mehr als bisher zum Gemeinwohl beitragen, z.B. um unsere Infrastruktur zu erhalten. Wir wollen deshalb eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare **Vermögensteuer für Superreiche**. Selbstverständlich legen wir auch hier besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.



Die Weitergabe von **erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden.** Anstrengung muss sich lohnen. Für Unternehmen ist eine Besteuerung der Unternehmenssubstanz schädlich. Deshalb lehnen wir eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab. So halten wir die Unternehmer in Deutschland und sichern die Arbeitsplätze hier bei uns. Wir Freie Demokraten setzen uns für ein modernes, faires und bürokratiearmes Steuersystem in Deutschland ein. Beste steuerliche Rahmenbedingungen für Unterneh-

men sind wichtig, wenn Deutschland sich im globalen Wettbewerb der Standorte behaupten will. Schwerpunkte wollen wir bei der Steuervereinfachung, der Rechtsform-, der Organisations- und Finanzierungsneutralität und der Beseitigung von Nachteilen für den Mittelstand setzen. Das beinhaltet auch die **handhabbare Umsetzung des Erbschaftssteuerrechts.**

Die zinslose Stundung sieht das Erbschaftssteuerrecht zu Recht vor. Diese auf Verwaltungsvermögen sowie Schenkungen zu erweitern, werden wir prüfen.

Themenfeld 5: Recht, Wettbewerb und unternehmerische Verantwortung

GKV-Position:

Vertragsfreiheit und effektiver Rechtsschutz zählen zu den Kernelementen der sozialen Marktwirtschaft. Die Anzahl und der Detaillierungsgrad bürokratischer Vorschriften und Regelungen sind in den vergangenen Jahren weiter gewachsen. Der Gesetzgeber muss in Zukunft noch stärker darauf achten, dass der Rechtsrahmen für die Unternehmen praktikabel gestaltet ist. Chancen für den Bürokratieabbau müssen konsequent genutzt werden.

- Die Wirtschaft hält durch unternehmensinterne Compliance-Maßnahmen die Mitarbeiter an, das Wettbewerbsrecht zu beachten und mögliche Kartellrechtsverstöße aufzudecken. Der Gesetzgeber sollte die Compliance-Kultur der Wirtschaft durch gesetzliche Anreize zur Einführung von Compliance-Systemen stärken.
- Um die Transparenz hinsichtlich der ökologischen und sozialen Dimension der Nachhaltigkeit entlang von Lieferketten sicherzustellen, unterstützen wir die Einführung und Weiterentwicklung freiwilliger Branchenstandards.
- Das deutsche AGB-Gesetz hat sich in seiner geltenden Form bewährt – auch im Verhältnis zwischen Unternehmen. Bestrebungen, das AGB-Recht im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen aufzuweichen, lehnen wir ab.



Im Hinblick auf die steigenden rechtlichen Anforderungen und Erwartungen der Öffentlichkeit an eine gute und nachhaltige Unternehmensführung – heute allgemein als „Compliance“ bezeichnet, ist für CDU und CSU ein **Compliance-Konzept nicht nur ein Regelnetzwerk**, an das sich Unternehmen halten sollen, sondern birgt vielmehr ein wertvolles Werkzeug, um das Unternehmen mit seinen Herausforderungen und vor allem mit seinen Kunden in Einklang zu bringen. **Gesetzliche Anreize zur Einführung von Compliance-Systemen sehen wir jedoch skeptisch.**

Vor zwei Jahren hat die Weltgemeinschaft der Staaten in New York die Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung verabschiedet. Deutschland hat wesentlich

zu ihrem Zustandekommen beigetragen. Sie geht weit über den Bereich der Umweltpolitik hinaus und umfasst auch Bereiche wie Bildung und Gesundheit. Wir haben in Deutschland eine neue Nationale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, durch die die vereinbarten Ziele der Agenda 2030 auch in Deutschland umgesetzt werden sollen. Beim G7-Gipfel 2015 in Elmau konnten entscheidende Beschlüsse zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, zum Umweltschutz, zur Ressourceneffizienz und zu Standards in Lieferketten getroffen werden. Die Einführung und Weiterentwicklung freiwilliger Branchenstandards können sicherlich ein geeignetes Mittel für mehr Transparenz sowie zur Qualitätssicherung sein.



Es ist sehr zu begrüßen, dass immer mehr Unternehmen sich ein unternehmensinternes Regelwerk geben, das Verstößen gegen das Kartellrecht vorbeugen hilft. Durch die **Verschärfung der Kartellrechtsanwendung und der Bußgeldbemessung** durch die verschiedenen Novellierungen des Kartellrechts in den vergangenen Legislaturperioden hat der Gesetzgeber bereits vieles getan, um die Compliance-Kultur in der Wirtschaft zu stärken. In der laufenden Legislaturperiode haben wir weitere Lücken geschlossen und das Kartellrecht zudem an die Digitalisierung der Wirtschaft angepasst. Im öffentlichen Vergaberecht, welches in der laufenden Legislaturperiode ebenfalls grundlegend reformiert wurde, sind ebenfalls verstärkte Anreize für Compliance enthalten. Gerade wird noch mit der Einführung eines Wettbewerbsregisters ein weiterer Pflock eingeschlagen. Diese Initiative sieht die Schaffung eines zentralen Registers vor, in das Unternehmen eingetragen werden, denen erhebliche Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zuzurechnen sind. Das Vergaberecht regelt bereits den Ausschluss solcher



Wichtig für kleine und mittlere Unternehmen sind faire Wettbewerbsbedingungen. Wichtige Maßnahmen, um dies zu erreichen, sind: Bekämpfung der Schwarzarbeit, stärkerer Schutz der KMU vor der Marktmacht großer Unternehmen, Einbeziehung weniger organisierter Teile des Mittelstands in die Wirtschaftsförderung, Netzneutralität und gesetzliche Verankerung offener IT-Systeme. Bei allen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik sollte der Grundsatz gelten: Bürokratie ist an zwingende Notwendigkeiten für den Gesetzesvollzug zu binden. Angesichts zunehmender Vermachtung vieler Wirtschaftszweige fordert DIE LINKE ein **wirksameres und strikteres Kartellrecht**. Entsprechend sind die gesetz-



Effektive Compliance-Systeme können verhindern, dass aus Unternehmen heraus Rechtsverstöße, insbesondere Straftaten, begangen werden. Sie sind ein Mittel der eigenverantwortlichen Prävention und Aufklärung von unternehmensbezogenen Rechtsverstößen. Wir wollen diese Systeme stärken und z.B. die Einrichtung von unternehmensinternen wie externen Whistleblowingsystemen fördern. Wir wollen, dass Unternehmen Verantwortung für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns übernehmen. Es geht uns um Fairness und Gerechtigkeit. Die Weiterentwicklung freiwilliger Standards unterstützen wir.



Wir Freie Demokraten ermutigen Unternehmen, sich nach eigenem Ermessen im Sinne einer wirksamen Corporate Social Responsibility (CSR) selber einen **Verhaltenskodex zu geben und zu veröffentlichen**, soweit sie nicht von der zum Geschäftsjahr 2017 eingeführten EU-weiten CSR-Berichtspflicht für große Unternehmen betroffen sind. Die Beachtung von ethischen Standards, wie zum Beispiel dem Ausschluss von Kinderarbeit in der Produktionskette, ist für uns ein unverzichtbarer Beitrag zu verantwortlichem unternehmerischen Handeln, das einen großen Anteil am Erfolg der sozialen Marktwirtschaft hat. Da zu diesem Erfolg auch ein funktionierender fairer Wettbewerb unerlässlich ist, wollen wir Freie Demokraten die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken sowie das Wettbewerbsrecht fit für die Digitalisierung machen, ohne die Unternehmen mit zusätzlicher Bürokratie zu überziehen. Nachhaltigkeit ist für uns Freie Demokraten eine Entwicklung, im Sinne eines dynamischen, nicht immer lineareren und sich oft wandelnden Prozesses. Angetrieben durch Fortschritt in der Ge-

Unternehmen vom Vergabeverfahren. Mit dem Register wird den öffentlichen Auftraggebern rein praktisch auch ermöglicht, sich über ausgeschlossene Unternehmen zu informieren. Allerdings sieht das Gesetz auch vor, dass sich Unternehmen mit Maßnahmen zur sog. „Selbstreinigung“ wieder aus dem Register löschen lassen. Hier kommen wiederum Compliance-Systeme zum Einsatz.

Freiwillige Branchenstandards sind zu begrüßen und können hilfreich sein, um ökologische und soziale Kriterien entlang von Lieferketten sicherzustellen. Jedoch sind verpflichtende Vorgaben teilweise vorzugswürdig. Beim Import von sog. „Konfliktmineralien“ gab es in der laufenden Legislaturperiode eine gesetzliche Verschärfung auf europäischer Ebene, die wir begrüßen und lange gefordert haben. So kommt künftig auf die europäischen Importeure eine verpflichtende Zertifizierung zu. Wir stimmen zu, dass sich das AGB-Recht **grundsätzlich bewährt** hat. **Eine generelle Aufweichung wird nicht angestrebt.**

lich definierten Eingriffsschwellen für die Kartellbehörden zu verbessern und die Pönalen zu verschärfen. Das Kartellrecht sieht zu Recht neben der Beurteilung und dem Verbot von Zusammenschlüssen die Möglichkeit der politischen Überprüfung dieser Entscheidung vor. Dies ist notwendig, da das Bundeskartellamt bei seinen Beschlüssen keine Gemeinwohlinteressen wie Beschäftigungssicherung oder Verbraucherschutz berücksichtigt. Die Abwägung darf aber nicht allein der Person des Wirtschaftsministers überlassen werden. Deshalb fordert DIE LINKE eine Parlamentserlaubnis statt der Ministererlaubnis im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Wir wollen aber darüber hinaus größere Unternehmen verpflichten, nichtfinanzielle Informationen zum ökologischen, sozialen, menschenrechtlichen und verbraucherbetreffenden Unternehmenshandeln anhand von international anerkannten Rahmenwerken zu erarbeiten und zu dokumentieren. Das deutsche Recht enthält ein sinnvoll strukturiertes AGB-System das einen hohen Verbraucherschutzstandard ermöglicht ohne gleichzeitig zwischen Unternehmern die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche zu beschränken.

gesellschaft, der Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft und der Politik. Auf der Suche nach immer besseren Ergebnissen ist Nachhaltige Entwicklung auf Fortschritt in allen Bereichen angewiesen. Denn die Werkzeuge, die wir heute haben, können morgen schon überholt sein. Alte Herausforderungen ändern sich und neue kommen hinzu. Fortschritt lässt sich nicht planwirtschaftlich umsetzen. Daher kann Nachhaltigkeit auch nicht staatlich verordnet werden. **Die freiwillige Einführung und Weiterentwicklung von Branchenstandards zur Schaffung von Transparenz begrüßen wir** daher. Die Vertragsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer zivilrechtlichen Rechtsordnung. Im unternehmerischen Geschäftsverkehr dürfen Allgemeine Geschäftsbedingungen bereits heute nicht gegen die Grundgedanken der Klauselverbote verstoßen, wobei die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche angemessen zu berücksichtigen sind. Das aktuell geltende Recht halten wir grundsätzlich für ausgewogen.

INFOTAG

Arbeits- und Betriebssicherheit im Fokus

Mit einem Infotag zur Arbeits- und Betriebssicherheit in der Kunststoff verarbeitenden Industrie am 26. Oktober 2017 in Frankfurt am Main unterstützen der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV), der Versicherungsmakler Marsh GmbH und der pro-K Industrieverband Halbzeuge und Konsumprodukte aus Kunststoff e. V. Betriebe der Kunststoff verarbeitenden Industrie bei der Vermeidung und beim Management von Arbeitsunfällen und Schadensfällen im Betrieb.

Arbeitsunfälle und Schadensfälle im Betrieb, bis hin zu Großschadensereignissen wie Brand- und Schädigungen, kommen leider auch in Betrieben der Kunststoff verarbeitenden Industrie immer wieder vor. In vielen Fällen stellt sich später

heraus, dass der Unfall oder Schadensfall durch geeignete Prävention vermeidbar gewesen wäre. Nach Arbeitsunfällen und Schadensereignissen tritt regelmäßig die Frage auf, ob das Unternehmen auf das Eintreten dieser Ereignisse ausreichend vorbereitet war. Das Programm des Infotages mit der Möglichkeit zur

Online-Anmeldung steht ab sofort auf der Internetpräsenz des GKV www.gkv.de (Rubrik Veranstaltungen) zum Download bereit.



DIGITALISIERUNG

Projekt zum Verfahrensmechaniker 4.0 gestartet

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e.V. (GKV) hat als einer der ersten Branchenverbände in Deutschland damit begonnen, die Fachkräftequalifikation für die digitale Zukunft seines Industriezweigs zu entwickeln.

Während andere nur über Industrie 4.0 reden, haben sich die Berufs- und Bildungsexperten des GKV bereits an die Arbeit gemacht. In einem der wichtigsten Projekte der vergangenen Jahrzehnte geht es um die Konsequenzen der Digitalisierung für die Weiterentwicklung von Berufsprofilen und die berufliche Erstausbildung am Beispiel des Verfahrensmechanikers für Kunststoff- und Kautschuktechnik.

In der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ins Leben gerufenen Initiative „Berufsbildung 4.0“ werden die GKV-Berufsbildungsexperten gemeinsam mit dem BMBF und dem BiBB bis Ende 2018 die Fach-

kräftequalifikationen und die Kompetenzen für die digitalisierte Arbeit von morgen ermitteln. „Das Projekt ist von enormer Bedeutung für die Branche, weil darin u.a. die Eckpunkte für die geplante Neuordnung des Verfahrensmechanikers für Kunststoff- und Kautschuktechnik nach dem Jahr 2020 erarbeitet werden“, unterstreicht Ralf Olsen, Hauptgeschäftsführer des pro-K Industrieverbandes Halbzeuge und Konsumprodukte aus Kunststoff e. V. und im GKV zuständig für Bildungspolitik und Berufsbildung.



Bild (oben): Das GKV-Expertenteam für die Initiative „Berufsbildung 4.0“

Weitere Informationen:
www.gkv.de

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Wirtschaftsverbände diskutieren Energie- und Klimaziele

„Zukunftsfrage Energiewende - Wie vereinbaren wir Klimaschutz, industrielle Arbeitsplätze und Investitionen?“, unter diesem Titel diskutieren die Verbände von sieben mittelständischen Industriezweigen am 11. Oktober 2017 in Düsseldorf über die künftige Klima- und Energiepolitik.

Im Verbändebündnis faire Energiewende haben sich sieben Wirtschaftsverbände mittelständisch geprägter Industriezweige mit dem Ziel zusammengeschlossen, die Energiewende industrie- und mittelstandsverträglich zu gestalten. Zum Bündnis faire Energiewende zählen: Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie BDG, Bundesverband Keramische Industrie e. V., FDBR e. V. – Fachverband Anlagenbau, Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V., Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V., wdk Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e. V., WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V.. Die Verbände im Bündnis faire Energiewende vertreten branchenübergreifend etwa 10.000 deutsche Unternehmen mit ca. 1 Million Mitarbeitenden und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz. Im Fokus des Bündnisses steht insbesondere die Kostenbelastung der Wirtschaft und der Gesellschaft durch die Energiewende.

Mit Sorge sehen die Verbände des Bündnisses, dass aktuell keine ausreichende Kohärenz der klimapolitischen und der energiepolitischen Zielvorstellungen gegeben ist. Auch die volkswirtschaftlichen

Kosten, die bei einer konsequenten Verfolgung der bspw. im Klimaschutzplan 2050 definierten Zielsetzungen entstünden, sind unzureichend beleuchtet. Vor diesem Hintergrund laden die Verbände des Bündnisses Energieexperten aus Politik, Wissenschaft und Industrie zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Zukunftsfrage Energiewende – Wie vereinbaren wir Klimaschutz, industrielle Arbeitsplätze und Investitionen?“ ein, die die Debatte über volkswirtschaftlich vertretbare Klimaschutzziele und -maßnahmen anzuregen beabsichtigt. Als Termin ist Mittwoch, 11. Oktober 2017, ab ca. 15 Uhr im Haus der Giesserei-Industrie in Düsseldorf vorgesehen.

Weitere Informationen: www.gkv.de



Ort der Veranstaltung ist das Haus der Giesserei-Industrie in Düsseldorf

GKV-FÖRDERPREIS BERUFSBILDUNG

Christine Ertl als bundesbeste Verfahrensmechanikerin mit Rekordergebnis ausgezeichnet

Christine Ertl absolvierte ihre Ausbildung als Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik bei der Gerresheimer Regensburg GmbH Medical Systems in Wackersdorf und hat als Bundesbeste abgeschlossen.

Die Powerfrau aus Bayern holte volle 100 Punkte bei ihrer Abschlussprüfung zur Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik. Das gab es noch nie in der Geschichte des GKV-Förderpreises, der seit 2001 jährlich vom Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV) vergeben wird. Vor ihrer Ausbildung bei der Gerresheimer

Regensburg GmbH absolvierte die 26-Jährige bereits eine Ausbildung als Technische Zeichnerin mit der Fachrichtung Maschinen- und Anlagentechnik. Für sie war klar, dass sie sich noch weiterentwickeln wollte und begann danach ein duales Studium im Bereich Kunststofftechnik mit integrierter Ausbildung zur Verfahrensmechanikerin bei der Firma Gerresheimer Regensburg GmbH.



Bild: Preisträgerin Christine Ertl

GKV-DELEGIERTENVERSAMMLUNG 2017

Meinungsforscher stellte Stimmungsbild vor

Die diesjährige Delegiertenversammlung des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie e.V. (GKV) fand am Mittwoch, 28. Juni 2017 im Maritim proArte Hotel Berlin im Vorfeld des Parlamentarischen Abends des GKV statt.

GKV-Präsident Dirk E. O. Westerheide und GKV-Hauptgeschäftsführer Dr. Oliver Möllenstädt berichteten den Delegierten der Trägerverbände AVK, IK, pro-K und TecPart über die Arbeit des GKV im zurückliegenden Geschäftsjahr. In einem Gastvortrag zum Thema „Meinungsklima vor der Bundestagswahl 2017 und neue Herausforderungen an die Demoskopie“ ging Michael Kunert, Geschäftsführer beim Meinungsforschungsinstitut infratest dimap, auf die Stimmungslage der Wähler im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 ein. Er zeigte auf, dass sowohl hinsichtlich der Kompetenz-

zuweisung an die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD als auch im direkten Vergleich der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz deutliche Parallelen zum Meinungsklima vor der Bundestagswahl 2013 erkennbar sind. Weiterhin ging Kunert auf Treffsicherheit und methodische Aspekte der Demoskopie ein und stellte sich Fragen der Teilnehmer.

Weitere Informationen:
www.gkv.de

Bild: Michael Kunert,
Geschäftsführer infratest
dimap



KONSUMGÜTER UND VERPACKUNGEN

„Plastikfrei“ ist kein Qualitätsmerkmal

Auf bestimmte Inhaltsstoffe in Lebensmitteln zu verzichten, liegt im Trend. Im Juni d.J. hat ein Berliner Start-Up-Unternehmen nun auch die Registrierung des Begriffs „plastikfrei“ zur Kennzeichnung von Konsumgütern bzw. ihren Verpackungen auf der letzten Handelsstufe beim Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. (RAL) beantragt.

Die Verbände und Gütegemeinschaften der Kunststoffindustrie sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) haben ablehnend zu dem Vorhaben des Berliner Unternehmens Stellung genommen. Nach Überzeugung der Verbände stellen Kunststoffe weder per se ein Risiko für den Verbraucher oder die natürliche Umwelt dar noch kann aus dem Verzicht auf Kunststoff-

den. In vielen Fällen haben sich Konsumgüter und Verpackungen aus Kunststoffen gegenüber Erzeugnissen aus anderen Materialien als deutlich vorteilhaft für den Verbraucher und die Umwelt erwiesen. Eine Kennzeichnung von Konsumgütern und Verpackungen als „plastikfrei“ würde eine Täuschung des Verbrauchers hinsichtlich eines vermeintlichen Qualitätsmerkmals sowie eine nicht gerechtfertigte, pauschale Diskriminierung von Kunststoffprodukten am Markt darstellen.



fe auch nur ansatzweise eine bessere Qualität von Konsumgütern oder Verpackungen abgeleitet wer-

Weitere Informationen: o.moellenstaedt@gkv.de

Kurz notiert

+++ Die Ausstellung „Plastic Fantastic“ zeigt Design-Ikonen aus dem Deutschen Kunststoff-Museum, die in fast jeder Designgeschichte auftauchen. Die Ausstellung ist vom 9. September bis 3. Dezember 2017 im Museum und Forum Schloss Homburg zu sehen.

+++ Die KUTENO, die neue Zuliefer- und Arbeitsmesse des Carl Hanser Verlags für die Kunststoff verarbeitende Industrie im Norden Deutschlands wird vom 5. bis 7. Juni 2018 zentral, inmitten von zwölf wichtigen Industrieclustern in Rheda-Wiedenbrück erstmalig stattfinden.

+++ Die europäische Chemikalienagentur ECHA hat am 10.07.2017 den Stoff Perfluorohexan-1-sulfonic acid and its salts (PFHxS) neu in die SVHC-Kandidatenliste aufgenommen. Er kommt in der Kunststoff-Industrie praktisch nicht vor. Auch seit dem 10.07.2017 stehen die vier Phthalate DEHP, BBP, DBP und DIBP sowie Bisphenol-A zusätzlich als endokrine Disruptoren, d.h. als Hormon unterbrechende Substanzen, in der Kandidatenliste. Da alle Stoffe bei PVC bereits substituiert sind bzw. BPA in der Regel im Polycarbonat und im PVC unter 0,1 Gewichts-Prozent liegt, ist die Kunststoff verarbeitende Industrie bei PC und PVC in der Regel kaum betroffen.

+++ Deutschland hat bei der europäischen Chemikalienbehörde ECHA ein weiteres Dossier zur Ernennung von Bisphenol A (BPA) zum Kandidatenstoff eingereicht. Hierbei geht es insbesondere um die Umweltwirkung des Stoffs. BPA ist bereits seit Januar 2017 als SVHC-Kandidat identifiziert.

Veranstaltungen

8./9. September 2017	D-A-CH-Dreiländertagung 2017	Leibnitz (Südsteiermark)
18./19. September 2017	3rd International Composites Congress	Stuttgart
20.-22. September 2017	IK-Jahrestagung	Erfurt
27./28. September 2017	GKV/TecPart-Jahrestagung	Hannover
10. Oktober 2017	Kompaktseminar Energiemanagementsysteme	Darmstadt
11. Oktober 2017	Diskussionsveranstaltung Zukunftsfrage Energiewende	Düsseldorf
18. Oktober 2017	GKV/IG BCE-Zukunftsforum	Berlin
24./25. Oktober 2017	Betriebswirtschaftlicher Ausschuss (BWA)	Aachen
26. Oktober 2017	Infotag Arbeits- und Betriebssicherheit	Frankfurt am Main
13. November 2017	GKV-Vorstandssitzung	Frankfurt am Main

Detailinfos auf der GKV-Internetpräsenz www.gkv.de unter „Veranstaltungen“ oder in der GKV-Geschäftsstelle (Tel. 06172/92 66 61 oder c.fischer@gkv.de)

Impressum

Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)
 Kaiser-Friedrich-Promenade 43
 61348 Bad Homburg
 Tel.: 06172/92 66 61
 Fax: 06172/92 66 74
 E-Mail: info@gkv.de

Die GKV-Trägerverbände



Bildquellennachweis

Seite 1: © GKV	Seite 16: © GKV
Seite 2: © GKV	Seite 17: © RioPatuca Images - Fotolia.com, GKV
Seite 3: © VRD - Fotolia.com	Seite 18: © BDGUSS, GKV
Seite 9: © Denis Rozhnovsky - Fotolia.com	Seite 19: © infratest dimap, Sergey Ryzhov - Fotolia.com